



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

Resolution

Würde durch Demokratie!

In einem Unternehmen sind es die Arbeitnehmer:innen die den gesamten Wohlstand erwirtschaften. Kein Spital, keine Baustelle, kein Unternehmen, kein Geschäft und keine Schule können ohne unsere tägliche Arbeit funktionieren. Wir sind die Säule des Wohlstands dieses Landes.

Wir dürfen daher nicht als «Arbeitskräfte» behandelt werden, die zum Vorteil einer Minderheit ausgebeutet werden können. Wir sind die sogenannte «Ressource», die das Überleben und Funktionieren unserer Gesellschaft sicherstellt. Diese zentrale Position beinhaltet Rechte und die Berücksichtigung unserer Meinung, auch an unseren Arbeitsplätzen, wo wir Tag für Tag die Aufgaben erfüllen, die für das reibungslose Funktionieren unserer Unternehmen und damit auch der Gesellschaft unerlässlich sind.

Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, unsere Position zu bekräftigen und diejenigen daran zu erinnern, die versuchen, uns dieses Recht abzusprechen, welche Rolle wir spielen. Wir müssen für einen Rahmen sorgen, der diejenigen daran hindert, uns den grundlegenden Respekt vorzuhalten, den wir verdienen. Denn ihre Gewinne hängen von unserer Arbeit ab. Wir Arbeitnehmer:innen kennen unsere Unternehmen. Es ist wichtig, dass wir die Möglichkeit haben, uns zu den Abläufen am Arbeitsplatz zu äußern. Wir müssen dafür kämpfen, das Recht der Arbeitnehmer:innen auf Mitsprache in den Unternehmen auszuweiten. Und wir müssen erreichen, dass die Arbeitnehmer:innen oder ihre Vertretung, sofern vorhanden, einen angemessenen Schutz geniessen. Wir haben etwas zu sagen: Wir wollen Räume, um dies sagen zu können, und wir wollen es ohne Repressalien sagen können!

Gleiche Probleme erfordern gleiche Lösungen! Wie unsere Vorfahren, die für die Demokratie in unserem Land gekämpft haben, müssen wir Demokratie in unseren Unternehmen fordern. Wir müssen bei deren Funktionsweise mitreden können, damit unsere Würde und unsere Rechte endlich respektiert werden. Und, wir wollen dies ohne Gefahr sagen können.

Im Rahmen der Diskussion über die Bilateralen III schlägt der Bundesrat vor, die gesetzlichen Vorschriften zu ändern, um Arbeitnehmer:innen zu schützen, welche die Interessen des Personals in Unternehmen vertreten. Und zwar unabhängig davon, ob sie Mitglieder von Personalausschüssen, Vertreter:innen in Pensionskassen, vom Personal für bestimmte Aufgaben gewählte Personen oder Mitglieder nationaler Gewerkschaftsausschüsse in allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen sind. Diese Änderungen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Für uns ist dies eine Mindestforderung, die wir unterstützen.

Aufgrund dieser Feststellungen stellt Unia Freiburg folgende Forderungen:

- Um ihr Mandat ohne Einschränkungen ausüben zu können, dürfen alle gewählten Mitglieder einer Personalkommission unter keinen Umständen ordentlich gekündigt werden.
- Um die tatsächliche Möglichkeit der Mitbestimmung in Unternehmen zu stärken, prüft die Unia verschiedene Erweiterungsmöglichkeiten, zum Beispiel:
 - Die Aufhebung der Grenze von mindestens 50 Beschäftigten für die Gründung von Personalkommissionen auf Antrag der Beschäftigten. Weiter soll die Verpflichtung gelten, für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten Personalkommissionen ohne entsprechenden Antrag einzurichten;



GEMEINSAM
für soziale
Gerechtigkeit

ENSEMBLE
pour la justice
sociale

INSIEME
per la giustizia
sociale

UNIA

- Die Ausweitung der Mitbestimmung in Unternehmen durch eine Personalvertretung oder durch direkte Mitbestimmung der Mitarbeitenden, welche derzeit zu begrenzt sind. Die Mitbestimmung sollte verbindlich werden und sich mindestens an den Inhalt der wichtigsten von der Unia unterzeichneten Gesamtarbeitsverträge anlehnen.
- Die Einführung eines Systems der direkten Demokratie in allen Unternehmen, die über eine Personalkommission verfügen, nach dem Vorbild der Landsgemeinde, wie wir sie in der Schweiz kennen. Diese «Landsgemeinde» sollte mindestens einmal pro Jahr zusammentreten und sich zu Organisation und Rahmenbedingungen der Arbeit im Unternehmen äussern.